

Antrag aller Fraktionen außer MBL	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0351/2004 öffentlich 13.05.2004 13.05.2004	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag aller Fraktionen außer MBL betr. Gender Mainstreaming

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung sieht sich dem Prinzip des Gender Mainstreaming verpflichtet. Daher soll dieses Verfahrensprinzip zukünftig durchgängig und grundsätzlich bei allen Entscheidungen und Maßnahmen auf allen Ebenen der Stadt Marburg angewandt werden. Als ersten Schritt zur Umsetzung des Gender Mainstreaming in unsere kommunale Praxis, sollen ab sofort sukzessive alle relevanten statistischen Daten geschlechtsspezifisch erfasst bzw. aufgearbeitet werden. Der Magistrat soll zusätzlich Pilotbereiche benennen, in denen das Prinzip in besonders vorbildlicher Weise zuerst zur Anwendung kommen wird. Auch bei der Vergabe freiwilliger Leistungen soll das Kriterium Geschlechtergerechtigkeit Anwendung finden, etwa durch die Einführung einer entsprechenden Berichtspflicht.

Begründung:

Die Stadt Marburg, insbesondere das Gleichstellungsreferat (Stabstelle) hat sich in der Vergangenheit bereits für die Anwendung und Umsetzung des Gender Mainstreaming engagiert. Bisher fehlt allerdings das explizite gleichstellungspolitische Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Prinzip, das bereits seit 1995 zunächst auf internationaler und später auch auf nationaler Ebene diskutiert wird. Gender Mainstreaming bedeutet Gleichstellung als Querschnittspolitik und ist eine gemeinschaftliche Aufgabe von Frauen und Männern zur Durchsetzung der Geschlechterdemokratie. Um die Implementierung dieses Prinzips effektiver als bisher voranbringen zu können, bedarf es dieses expliziten Bekenntnisses der Stadtverordnetenversammlung. Zur Konkretisierung des Prinzips sollen zudem die oben genannten ersten Schritte zur systematischen Einführung des Prozesses ebenfalls beschlossen werden.

gez. Marianne Wölk
gez. Eva Gottschaldt
gez. Gerlinde Schwebel

gez. Dr. Petra Baumann
gez. Hannelore Gottschlich
gez. Fridhelm Faecks